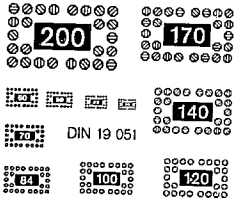

Sozialdemokratische Partei - Bezirk Pfalz November 1946

Referenten- und Schulungsmaterial — Nr. 2

Prinzipienerklärung und Aktionsprogramm der SPD Groß-Berlin

beschlossen
auf dem Landesparteitag
am 18. August 1946

Mit dem einleitenden Referat von

Dr. Klaus-Peter Schulz

124526

9 1143 FES 26. 2.

Referat von Dr. Klaus-Peter Schulz
auf dem Landesparteitag Berlin der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
am 18. August 1946 zur

A24526

Begründung des Aktionsprogramms

Einheitsfront und eigenes Parteiprogramm

Seit über einem Jahr ist in Deutschland wieder die Tätigkeit demokratischer Parteien von den Besatzungsbehörden gestattet. Aber abgesehen von der amerikanischen Zone, die mit dieser Entwicklung vorangegangen ist, treten die Parteien erst in diesen Wochen und Monaten aus dem bisherigen Zustand von hauptsächlich beratenden und anregenden Körperschaften heraus in die Bereiche einer politischen Verantwortung und Aktion, die allein vom Standpunkt echter Demokratie eine wirkliche Verbindlichkeit beanspruchen kann. Damit übernehmen zum ersten Male wieder deutsche Instanzen praktische Verwaltungsaufgaben, die demokratisch legitimiert sind, im Gegensatz zu ihrer bisherigen Tätigkeit als lediglich ausführendes und übermittelndes Organ der einzelnen Besatzungsmächte. Hieraus erwächst allen Parteien **die Verpflichtung, angesichts der kommenden Entscheidungen ihre spezifischen politischen und weltanschaulichen Pläne und Ziele vor der Öffentlichkeit zu entwickeln.**

Als die Parteien nach zwölfjähriger Verbannung im Jahre 1945 wieder die politische Bühne betraten, fanden sie als Kulissen ausschließlich Trümmer, Schuttberge, zerstörte Verkehrswege und stillgelegte Produktionsstätten vor. Dieser ebensowenig malerische wie ermutigende Hintergrund ließ sich durch verschiedene weltanschauliche Interpretationen weder verschönen noch beseitigen, sondern erforderte gemeinsames und entschlossenes Handeln. Meinungsverschiedenheiten darüber, daß es zunächst galt, die primitivsten Voraussetzungen für ein Wiederfunktionieren der öffentlichen und für die notdürftigsten Sicherungen des privaten Lebens zu schaffen, bestanden nicht und konnten nicht bestehen. Die organisatorische Konsequenz aus dieser Erkenntnis war **der Zusammenschluß der antifachistisch-demokratischen Parteien zu einer Einheitsfront** in Berlin und in der russischen Zone.

Die Sozialdemokratie sah in dieser Entwicklung eine selbstverständliche Notwendigkeit, — aber **sie lehnte es in ihrer großen Mehrheit von vornherein ab, eine Art Mythos daraus zu machen.** An der unerquicklichen und unnatürlichen Ehe zwischen Mythos und praktischer Politik ist das deutsche Volk unter dem Hitlerregime — abgesehen von allen katastrophalen materiellen Folgen — innerlich und geistig bis auf den Tod erkrankt. Die im Sommer vergangenen Jahres aus der Taufe gehobene Einheitsfront konnte nur begriffen werden als eine ehrliche Aktionsgemeinschaft, innerhalb deren sich die verschiedenen Teilnehmer ihre gegenseitige völlige Unabhängigkeit und Selbständigkeit nicht nur wortreich bekunden, sondern auch tatsächlich beweisen wollten, nicht aber als ein unter allen Umständen verpflichtendes Symbol, das zwangsläufig als Einheitsfront die Einheitsrummelei eines glücklicherweise soeben verflossenen Zeitalters fortgesetzt hätte. Es war vorauszusehen, daß einmal das Gesetz der immanenten geschichtlichen Logik, andererseits auch die oft allzu ungestümen Handlungen und Unterlassungen der einzelnen in der Einheitsfront verbundenen Partner allmählich **das Hervortreten der natürlichen Verschiedenheiten politischer Parteien** bewirken würden. Die Sozialdemokratie sieht in dieser Tendenz keinen Anlaß zu Kassandrarufen, sondern sogar einen im Prinzip erfreulichen und wünschenswerten demokratischen **Fortschritt.** Ob die Gegensätzlichkeit der Meinungen und politischen Auffassungen in einem Volk zu einem ritterlichen und fruchtbaren Kampf um die Verantwortung führt oder zur Selbstzerfleischung, hängt nicht ursächlich mit dem Vorhandensein mehrerer Parteien zusammen, sondern ist lediglich eine Frage der Qualität der

Bibliothek
der Friedrich-Ebert-Stiftung

Persönlichkeiten, die diese Auseinandersetzungen richtunggebend, abgrenzend und klärend zu gestalten haben. So war es schließlich nur natürlich, wenn schon bald aus den Tiefen des Volkes heraus an die einzelnen Parteien die Frage gestellt wurde: Daß Ihr gemeinsam aufbauen, daß Ihr gemeinsam demokratische Verhältnisse schaffen wollt, daß Ihr gemeinsam entschlossen seid, die Spuren des Nazismus und Militarismus in Deutschland zu vertilgen, das wissen wir nachgerade. Worin aber bestehen Eure Existenzberechtigungen als Parteien? Wie soll sich die Schaffung demokratischer Verhältnisse, wie soll sich die Ausrottung des Faszismus und Militarismus gestalten? Schließlich: Wie steht es mit Eurem Aufbau? Soll es ein Wiederaufbau oder ein Neubau sein? Und wenn diese Voraussetzungen, umfangreich und schwierig genug, erfüllt sind: Wie sieht nach Euren Vorstellungen die neue Gesellschaft, die neue Menschheit aus? Wie ist sie gegen einen erneuten Einbruch der Barbarei gesichert? Ist Euer gemeinsamer Ausgangspunkt zugleich schon ein gemeinsames Ziel, sind also Eure Parteiorganisationen eigentlich um ihrer selbt willen da?

Bedeutung der Prinzipienerklärung

Nun, die Sozialdemokratie hat in allen Zonen, außer der russischen, ganz besonders aber in Berlin, **diese Fragen praktisch schon längst beantwortet.** Sie ist aber der Öffentlichkeit eine **Bestätigung** schuldig und versucht, sie **mit der ihnen vorliegenden Prinzipienerklärung** zu geben. Dabei stellt sie ausdrücklich fest, daß diese Erklärung weder eine erschöpfende noch eine endgültige Antwort auf die oben formulierten Fragen sein soll, sondern lediglich eine aktuelle Stellungnahme bedeutet, die sich auf dem Versuch einer gedrängten Analyse der Gegenwart aufbaut. Ich richte schon in diesem Zusammenhang an Sie, Genossinnen und Genossen, und darüber hinaus an die Öffentlichkeit die ausdrückliche Bitte, den Entwurf der vorliegenden Prinzipienerklärung **nicht mit einem endgültigen Parteiprogramm zu verwechseln.** Einmal ist es selbstverständlich, daß die Sozialdemokratische Partei Berlins nicht ein für die Sozialdemokratische Partei Deutschlands verbindliches Parteiprogramm verabschieden kann. Aber außer diesem formalen Grund ist für unsere Überlegungen auch noch ein politischer Grund bestimmend gewesen. Endlich gesprochen: In dem gegenwärtigen Dunkel, das uns als Deutsche noch von allen Seiten umgibt, können wir als Sozialdemokraten wohl vieles zur Aufhellung des Horizonts beitragen, — aber der neue Sennenaufgang hängt nur sehr indirekt von uns und unserem Wirken ab. Ein endgültiges Parteiprogramm, wie es uns allen vorschwebt, setzt vieles von dem als bereits vorhandene und gesicherte Grundlage voraus, was in der hier zur Debatte stehenden Prinzipienerklärung und dem anschließenden Aktionsprogramm noch als Forderung erscheint. Schließlich ist es unbestreitbar, daß wir nach der beispiellosen geschichtlichen Zäsur des sogenannten Tausendjährigen Reiches vor der Aufgabe stehen, unsere gesamte, uns früher geläufige politische, soziologische und weltanschauliche Argumentation ebenso verantwortungsvoll wie unerbittlich auf ihren objektiven Wahrheitsgehalt und damit auf ihren allein maßgeblichen Zukunftswert nachzuprüfen. Im Bereich unserer theoretischen Forderungen und Grundsätze gibt es zweifellos vieles, worüber unter allen Mitgliedern der Sozialdemokratischen Partei Übereinstimmung besteht, ebenso aber vieles, das lebhafte Diskussionen mit abweichenden Anschauungen hervorruft. Dieser Klärungsprozeß ist noch nicht abgeschlossen, und wir sind dabei auf weitgehende Mitwirkung unserer Genossen aus den anderen Zonen angewiesen, die diese Fragen nicht minder eifrig und leidenschaftlich besprechen. Unsere Prinzipienerklärung will also lediglich als ein Beitrag zu diesem Klärungsprogramm gewertet sein und einer endgültigen Debatte um das Parteiprogramm nicht vorgreifen.

Daß auch innerhalb unserer Partei die Geister oft heiß aufeinander geraten, wenn über orthodoxen Marxismus, über die Anwendung der materialistischen Geschichtsauffassung und über die gegenwärtige Bedeutung des Klassenkampfes gesprochen wird, erfüllt uns nicht mit Sorge, sondern im Gegenteil mit Befriedigung und Stolz: **Die tiefe Teilnahme des einzelnen an den Problemen, die Lebhaftigkeit der Diskussion, die Vielfalt der Auffassungen und Überzeugungen sind uns die beste Gewähr für das**

fruchtbare innere Leben in unseren Reihen und belehren die Öffentlichkeit eindringlich genug darüber, daß der Weg, auf dem die Sozialdemokratie in die Zukunft schreitet nie von einem zentralistischen Parteiapparat willkürlich von oben bestimmt und verordnet werden kann, sondern daß sich alle Mitglieder in freier Übereinkunft auf dem zusammenfinden, nachdem einmal die größere Überzeugungskraft, das wachere Bewußtsein für das künftige Gesetz der Geschichte und die gründlichere und stärkere geistige Leistung über die aktuellen Gegensätze entschieden haben. Die Ehrfurcht, die bei allem Bewußtsein der Bedeutung vergangener Geschlechter aus den Bedürfnissen der Gegenwart und aus der klaren Konzeption zukünftiger Dinge den schöpferischen Funken zu schlagen und sich zu eigener Erkenntnis und eigener Tat aufzuraffen vermag, ist mehr wert, als ein toter und steriler Götzendienst vor verlassenen Altären.

Heraus aus der Begriffsverwirrung!

Lassen Sie mich noch ein Wort vorausschicken über die, ich möchte sagen, literarischen Formulierungsschwierigkeiten, die sich heute jeder Partei entgegenstellen, die mit einer knappen Prinzipienerklärung an die Öffentlichkeit tritt. Sie ergeben sich aus der maßlosen Begriffsverwirrung, die der Nationalsozialismus in leider nur allzu vielen Köpfen angerichtet hat. Daher muß jede Partei, die ihre Ziele verkünden und begründen will, dieses Vorhaben mit einer Art politischen Elementarunterrichts verbinden. Die Hitlerpropaganda hat sich auch auf diesem Gebiet nur als fruchtbar in der Zerstörung erwiesen, so daß man heute auch die einfachsten Begriffe nicht mehr als bekannt voraussetzen kann. Alle politischen Richtungen stellen heute ihre Forderungen angeblich auf den Boden der Demokratie. Seit mehr als einem Jahr wird überall mit einer teils oberflächlichen, teils bösen Leichtfertigkeit von Deutschland als einem irgendwie demokratischen Gebilde gesprochen. Peinlich ist nur, daß immer weitere Kreise der deutschen Bevölkerung beharrlich die Frage stellen, **was denn eigentlich unter Demokratie zu verstehen sei,** obwohl sich die Antwort, wenn man den Versicherungen mancher deutscher Politiker glauben darf, doch ganz selbstverständlich aus den bestehenden Verhältnissen ergeben müßte. Die Ahnungslosigkeit derer, die diese Frage stellen, ist ganz unzweifelhaft zu einem erheblichen Teil ihre eigene Schuld und dem Konto ihrer politischen Unterlassungssünden während der Weimarer Republik zuzuschreiben, teils geht sie aber auch zu Lasten der Parteien und Organisationen, die seit 1945 einen so wenig überzeugenden Anschauungsunterricht zum Thema Demokratie erteilt haben.

Die Berliner **Sozialdemokratie** kann wohl ohne Unbescheidenheit für sich in Anspruch nehmen, daß ihre Auseinandersetzung mit dem alten SPD-Zentralausschuß im Frühjahr und ihre jüngste Parteigeschichte in der fünften Besatzungszone **ein Stück echter, lebendiger, freiheitsbewußter und widerstandsfähiger Demokratie bedeutet.** Sie hat aber nicht nur aus einer schwerwiegenden politischen Differenz die einzig möglichen organisatorischen Konsequenzen gezogen, sondern auch den ebenso ernsten und tragischen wie großen weltanschaulichen Hintergrund ihrer Auseinandersetzung mit der KPD und den Verschmelzungsanhängern in ihren eigenen Reihen begriffen. Die scheinbar übereinstimmende und gleichartige geistige und psychologische Verarbeitung des Hitlerismus erwies sich als ein Trugschluß ohne politische Realität: Beide Richtungen hatten aus den gemeinsamen Lehren der Vergangenheit zwei grundverschiedene Konzeptionen für die Zukunft entwickelt. Mag man diesen geschichtlichen Tatbestand anerkennen oder beklagen: ein objektiver Vorwurf daraus ist keiner der beiden Parteien zu machen, denn eine jede folgte nur dem Gesetz nach dem sie angetreten.

Bedenklich und gefährlich wurde dieser Zustand erst, als die eine der beiden Richtungen im Bewußtsein ihrer taktischen Stärke und politischen Schwäche die andere mit der **Zwangsjacke einer Einheit** bedrohte, **der keine wahrhafte Einigkeit der beiden Faktoren zugrunde liegen konnte.** In der russischen Zone hat dieses verhängnisvolle und geschichtlich in keiner Weise legitimierte Bestreben zum Erfolg geführt und damit eine äußere Fassade geschaffen, die den Blick auf die wahren politischen und gesell-

schaftlichen Kräfte hinter ihr bewußt versperrt. In Berlin konnte die Sozialdemokratie schon die Spekulation auf eine solche Entwicklung zunichte machen. Blitzartig wurde die Gefahr erkannt, und blitzartig wuchs auch die Erkenntnis der geschichtlichen Aufgabe der Sozialdemokratie aus der zum Zerreißen gespannten Situation dieser Wochen heraus.

Kommissionsberatungen

Nachdem über die organisatorische Selbständigkeit der Berliner Sozialdemokratie durch die Urabstimmung und den Zehlendorfer Parteitag eine Entscheidung gefallen war, galt es, die geistigen Grundlagen zu erneuern, da die bisherigen sich als nicht tragfähig erwiesen hatten. So berief der neugewählte Berliner Vorstand schon bald nach der Zehlendorfer Tagung eine **Programmkommission**, der aufgegeben wurde, bis zu dem nächsten Parteitag eine Prinzipienerklärung zu formulieren. Auch diese Kommission hat unter den besonderen Schwierigkeiten unseres organisatorischen Wiederaufbaus gelitten. Wer auch immer von Ihnen in der letzten Zeit, die ja jedem einzelnen eine oft kaum zu bewältigende Fülle von Aufgaben stellte, in einer Kommission gesessen hat, der wird wissen, wie unendlich schwierig es ist, auch nur fünf Genossen einigermaßen regelmäßig zur gleichen Stunde unter einen Hut oder an einen Tisch zu bringen. Dennoch haben einzelne Genossen sich immer wieder mit größtem Fleiß und schier unermüdlichen Bemühungen an ihre Aufgabe gemacht und in Zusammenarbeit mit den Fachausschüssen Material für eine solche Prinzipienerklärung zusammengestellt.

Der vorgeschrittene Zeitpunkt und der immer bedrohlicher heranrückende Termin des Parteitags ließen es vor einigen Wochen als dringend geboten erscheinen, die bisher vorliegenden Vorschläge in lockerer Gliederung im Druck zu vervielfältigen und sie den Kreisen und Abteilungen als Diskussionsbeitrag zuzuleiten. Die Unzufriedenheit und Ablehnung, die diesem Beitrag zuteil wurde, ist auch nach unserer Auffassung durchaus berechtigt. Bei vielen guten Gedanken und glücklichen Formulierungen litt das Ganze doch zu sehr unter einer unverhältnismäßigen Länge, unter dem Mangel an Gliederung sowie an Klarheit gewisser Behauptungen und Schlußfolgerungen, um wirklich befriedigen zu können. Nur darf man gerechterweise nicht verkennen, daß der Diskussionsbeitrag, den unser Politisches Büro zu dieser Prinzipienerklärung geliefert hatte, **niemals den Anspruch stellte, mehr als unverbindliches Material zu sein.** Und — bei aller Kritik — wir müssen heute feststellen, daß er doch auch einen großen Vorzug gehabt hat: nämlich in allen Kreisen und Abteilungen interessierte Genossen zur Mitarbeit und Mitgestaltung aufzurufen. Dem Vorstand ist auf diese Weise noch in letzter Zeit eine Fülle von Anregungen zugegangen; Genossen aus Charlottenburg haben sogar einen neuen Gesamtentwurf ausgearbeitet.

Um bis zum Parteitag in diese schöpferische Vielfalt wieder eine gewisse Ordnung zu bringen, setzte der Vorstand **nochmals eine Kommission** ein, die es sich zur Aufgabe stellte, unter Berücksichtigung aller wertvollen und bedeutsamen Gedanken einen neuen endgültigen Entwurf auszuarbeiten, wie er Ihnen jetzt vorliegt. Dieser Kommission haben angehört die Genossen Suhr, Nestriepke, Klingelhöfer, Sünderhauf, Kurt Schmidt und meine Person. Man wird angesichts dieser Zusammensetzung der Kommision wohl kaum den Vorwurf einer einseitigen Beeinflussung erheben können; im Gegenteil, es waren in ihr eigentlich mit den verschiedenen Menschen die verschiedensten Nuancen theoretischer und praktischer politischer Auffassungen vertreten. Umsomehr freut es mich, hier feststellen zu dürfen, daß wir über alle wesentlichen und auch die heiklen Fragen **eine völlige Verständigung erzielt** haben und uns insofern **einstimmig zu dem Entwurf bekennen.** Dies mag nicht zuletzt daran liegen, daß wir uns in dem vom Parteiausschuß geschaffenen Sozialistischen Forum auch außerhalb der unmittelbaren politischen Arbeit kennenlernten und uns schon hier redlich bemühten, die gemeinsame Linie über alle trennenden Faktoren hinweg aufzufinden.

Bevor ich die Prinzipienerklärung erläutere und begründe, gestatten Sie mir bitte, um einem Mißverständnis von vornherein vorzubeugen, eine kurze persönliche Bemerkung. Es ist nicht meine Aufgabe und auch nicht meine Absicht, heute von dieser Stelle aus beispielsweise über den historischen Materialismus oder über eine Revision marxistischer Schlußfolgerungen grundsätzliche programmatische Ausführungen zu machen. Ich stehe hier nicht als Referent, sondern als Berichterstatter, als Sprecher der Kommission und als Beauftragter von Vorstand und Parteiausschuß. Bei dem Umfang des darzustellenden Materials ist nur eine summarische und eine Einzeldarstellung am Platze. Hieraus ergibt sich, daß ich zu dem Gesamtentwurf und nicht etwa nur zu dem von mir gelieferten Beitrag Stellung zu nehmen habe. Ich möchte aber nochmals ausdrücklich betonen, daß ich dabei kein Wort gegen meine persönliche Überzeugung zu sagen brauche.

Analyse der Weltsituation

Unsere Prinzipienerklärung gliedert sich in **drei Teile.** In der Einführung stellt sich die Berliner Parteiorganisation in ihrer doppelten Eigenschaft als besonders politisches Phänomen mit einer aktuellen Eigengesetzlichkeit und als organischer gesinnungsmäßiger Bestandteil der gesamtdeutschen Sozialdemokratie vor. Im zweiten Abschnitt skizziert sie ihre sozialistischen und demokratischen Ziele und entwickelt schließlich aus dieser Perspektive ein Aktionsprogramm von 20 Gegenwartsforderungen, deren Lösung sie als vordringlich ansieht, ohne daß mit der Formulierung, wie ich vorhin schon ausführte, ein Anspruch auf Vollständigkeit und Lückenlosigkeit angemeldet wird.

Die Erklärung beginnt mit einer kurzen **Analyse der gegenwärtigen Weltsituation und der Stellung Deutschlands in der Welt,** des Landes, das sich unter dem Nationalsozialismus bewußt und unter Verleugnung aller großen geistigen Traditionen aus dem europäischen Kulturzusammenhang löste und das heute nun unter schmerzvollsten und erschütterndsten Krisenerscheinungen in diese Gemeinschaft zurückgeführt werden muß, wenn es selbst fortbestehen und wenn sich eine befriedigendere europäische Ordnung entwickeln soll als 1918. Das ist allgemein bekannt und bedarf keiner längeren Ausführungen. Was aber immer noch nicht hinreichend begriffen wird, ist die Einsicht, daß die politischen und psychologischen Schwierigkeiten gerade durch ihr gegenwärtiges Charakteristikum einer beunruhigenden Offenkundigkeit zu einer wesentlich optimistischeren Prognose berechtigen als nach dem ersten Weltkrieg. Damals arbeiteten die Siegermächte mit großen Mitteln und stolzen Hoffnungen auf kurze Sicht. An den Friedensverträgen war der große Kontinent des Ostens völlig unbeteiligt. Im Völkerbund fehlte anfänglich nicht nur das besiegte Deutschland, sondern auch Amerika und die Sowjetunion. In die öffentlich zur Schau getragene Befriedigung über die relativ schnelle Liquidierung des Krieges und seiner unmittelbaren Folgen mischte sich das unheimliche Bewußtsein, in das große Werk der Zukunft latente Spannungen mit eingebaut und dabei unausgesprochene Gegensätze übersehen zu haben, in der Erwartung, die Zukunft werde nach und nach von ganz allein mit allen den Problemen fertig werden, die die Gegenwart von 1918/19 ungelöst zurückgelassen hatte. Der Krieg war beendet, aber vor lauter Friedensschlüssen vergaß man den Frieden.

Das ist heute wesentlich anders. **Uns erscheinen gerade die augenblicklich noch vorhandenen starken Komplexe gegenseitigen Mißtrauens und allgemeinen Unbefriedigtseins als sicherere Garantie einer zukünftigen Entwicklung zum Guten** als die trügerische Friedensfassade von damals. Heute wird über alles gesprochen, und zwar schonungslos gesprochen, worüber die Diplomaten damals entweder schwiegen oder mit ein paar formvollendeten, aber inhaltlich nichtssagenden Redewendungen hinwegzukommen glaubten. Wenn heute die internationalen Konferenzen sich häufig festfahren, wenn ihnen die Tendenz innewohnt, schon bald nach der Eröffnung mit einer anscheinend unfehlbaren Sicherheit auf den toten Punkt zu geraten, so ist diese Tat-

sache, das gestehen wir offen, für die unmittelbar Betroffenen mehr als bedauerlich. Dennoch ist dieses Phänomen grundsätzlich ebenso ein Zeichen von Gesundung, wie es die Entwicklung der Fieberkurve am Krankenbett sein kann. Die weltpolitische Zentrifugalkraft besitzt heute ein Ventil, durch das sie sich verausgaben kann, ohne viel Widerstände sprengen zu müssen.

Wenn wir dies hier festhalten, so liegt es uns fern, irgendeinem oberflächlichen Zweckoptimismus das Wort zu reden. Wir Sozialdemokraten verkennen nicht **den tiefen Ernst der Lage** und sind uns bewußt, daß die Hoffnungen und Erwartungen der Menschen in allen Ländern selbst in den schwärzesten Tagen des Krieges mit der heutigen Wirklichkeit keinen Vergleich aushalten. Dennoch sind nach unserer Auffassung die heute gemeinsam zu lösenden Aufgaben, vor allem die Stabilisierung des Weltfriedens, von so unerhörtem Gewicht, daß sich praktisch keine beteiligte Macht aus dieser Gesamtverantwortung herauslösen könnte. Worum heute überall gerungen wird, das bestimmt nicht nur ein paar wesenlose und dem Zufall anheimgegebene Friedensjahre, sondern **die Zukunft der Welt.** Gerade Deutschland, mit dessen Besatzung die vier ausschlaggebenden Großmächte eine für alle im gleichen Maße verbindliche Verpflichtung übernommen haben, ist ein Probefall für eine kommende Weltregierung. Jede Frage, die in Deutschland offenbleibt, wird später im Rahmen der Vereinten Nationen vielleicht um so schwieriger und komplizierter zu lösen sein. Jede positive und vernünftige Entscheidung innerhalb der deutschen Grenzen wird sich auf spätere Weltmaßnahmen wie ein Schulbeispiel dessen auswirken, was zu tun notwendig ist.

Demokratie und Sozialismus

Die Qualität der demokratischen Parteien wird zuallererst nach der Resonanz beurteilt werden, die sie mit einer Verdeutlichung dieser großen Perspektiven im deutschen Volke finden. Deutschland muß nicht nur die Ursachen seiner augenblicklichen Not begreifen, es muß auch verstehen, dieser Not einen Sinn zu geben. Die Welt ächzt heute vernehmlich unter der Bürde eines Zuviel an Macht, und Deutschland muß begreifen, daß seine Befreiung von diesem Bumerang eine wirkliche geschichtliche Befreiung bedeutet. Die Zukunft der neu zu schaffenden Demokratie in Deutschland, die Zukunft einer sozialistischen Gesellschaftsordnung und Menschenbildung innerhalb der verkleinerten deutschen Grenzen werden ganz allein davon abhängen, ob Demokratie und Sozialismus wieder lediglich eine Tarnkappe für hoffnungslos veraltete und unsinnige Machtressentiments und imperialistische Absichten abgeben oder ob sie sich diesmal zu einer so fruchtbaren Wirksamkeit entwickeln, daß Deutschland künftig als ein wahrhaft leidgeläutertes Volk an der Weltverantwortung teilhaben kann. Deutschland muß diese Verantwortung selbst empfinden, bevor es sie übernehmen kann. Statt mit boshafter Schadenfreude Beispiele abzuwarten, sollte es alles aufbieten, selbst Beispiel zu werden. Hierzu bedarf es einer gründlichen **Gesinnungswandlung;** ein Volk kann aber seine Gesinnung nur wandeln, wenn man ihm ein Ziel gibt und im Hinblick auf dieses Ziel einen neuen friedlichen Zukunftswillen zu wecken versucht. Hieraus ergibt sich ganz selbstverständlich die Forderung unserer Prinzipienerklärung, daß dieser Zukunftswille von der Orientierung zur Welt getragen sein muß, wobei **jeder einseitige östliche oder westliche Ausweg politisches Fragment bleiben würde, das tausend Gefahrenquellen in sich birgt.**

Wir Sozialdemokraten sind der festen Überzeugung, daß **Sozialismus und Demokratie die einzigen Fundamente** sind, auf denen das deutsche Volk sein zukünftiges Leben errichten kann. Absichtlich wird in der Prinzipienerklärung noch einmal die Tatsache betont, daß unsere Partei das Bekenntnis zu diesen beiden Ideen in ihrem Namen trägt. Dieses alte und ehrwürdige Bekenntnis wird von uns Lebenden aber nicht deswegen so nachdrücklich wiederholt, weil wir von einer Tradition nicht loskönnen, sondern weil sich mit diesem Bekenntnis neue, für unser Jahrhundert eigentümliche und charakteristische Erkenntnisse verbunden haben. **Unsere Väter kämpften für Demokratie und Sozialismus noch wie für zwei fast gleich weit entfernte Ziele.** Die Demokratie ist dem deutschen Volk nach dem verlorenen ersten Weltkrieg fast wie eine reife Frucht in den Schoß gefallen; mit unleugbarem Selbstgefühl rühmten wir uns, die freieste Verfassung der Welt zu besitzen. Aber abgesehen von einigen unbedingt notwendigen sozialen Errungenschaften, die in der Verfassung verankert wurden, gerieten während der Weimarer Republik die sozialistischen Bestrebungen ins Stocken. Für die Generation, die unter August Bebel den Kampf gegen das wilhelminische Klassensystem geführt hatte, war der „Zukunftsstaat" — mit dem man ja gar nicht einen Staat im eigentlichen Sinne, sondern eine neue sozialistische Menschheit meinte — noch keineswegs ein Schlagwort, sondern eine äußerst lebendige und begeisternde politische Realität, die aus utopischen Fernen immer näher und verheißungsvoller an die Welt der Lebenden heranzurücken schien. In den **Jahren der Republik** sprach man hingegen nicht mehr gern und viel über den Zukunftsstaat, und wenn man es tat, dann nie ohne eine gewisse heimliche Rührung, so etwa wie man einem **unerfüllten Traum aus der Jugendzeit** nachtrauert, aber auch mit ein wenig Selbstironie und einer scheinbaren Überlegenheit gereiften Mannesalters. Gerade uns Jungen, die in diesen Jahren in der Kinderfreundebewegung und SAJ heranwuchsen, hat dieses eigentümliche Verhältnis viel Sorge und Beunruhigung bereitet.

Mit dieser Rückerinnerung will ich den verantwortlichen Genossen, von damals nicht etwa den Vorwurf machen, sie hätten den Sozialismus nun etwa gänzlich zum alten Eisen gelegt, — aber fest steht doch, daß sie zu wenig an ihn dachten, daß sie sich vielleicht einen Schritt als zu schwer vorstellten, der Bebel und seiner Zeit als zu leicht erschienen war. Freilich empfand man diesen Mißstand durchaus und versuchte, das dumpfe Unbehagen der Arbeiter in einer fremd gewordenen Welt durch den berechtigten Hinweis auf den klassenpolitischen Wert der Demokratie zu überwinden. In den Programmen und Wahlaufrufen war die Rede davon, daß der demokratische Volksstaat gerade der günstigste Boden für den Kampf der Arbeiterklasse um ihre ökonomische Befreiung und um den Sozialismus sei. Auf unseren Massenveranstaltungen und Kundgebungen erklärten Transparente und Spruchbänder: „Durch Demokratie zum Sozialismus". So entstand unwillkürlich der Eindruck, daß die Demokratie ein notwendiges Durchgangsstadium, eine Art Wartesaal um Sozialismus sei, in dem es sich indessen vorläufig auch ganz bequem leben ließe.

Dagegen trat **unter dem Hitlerregime eine gewisse Umkehrung** dieses Zustandes ein. Die Demokratie wurde nicht nur mit all den in ihr verkörperten politischen und persönlichen Rechten aufs schnellste und radikalste beseitigt, sondern man schickte diesem ersten Opfer des Faschismus auch alle möglichen Schmähungen und Verleumdungen in sein vermeintliches Grab oder in seine Verbannung nach. Dagegen zog das Hitlersystem seine ganze bemerkenswerte dynamische und agitatorische Kraft fast ausschließlich aus der demagogischen Entstellung sozialistischen Ideengutes. Es kommt hier nicht darauf an, zu untersuchen, daß diese demagogische Entstellung so weit ging, um vom Sozialismus praktisch nichts mehr übrig zu lassen — wir wissen es alle zu genau, als daß hierüber noch Betrachtungen notwendig wären —, viel wichtiger ist, daß wir uns eine genaue Klarheit darüber verschaffen, was dem Sozialismus als abstrakte Idee für Tendenzen innewohnen, die eine solche demagogische Verfälschung gestatten. Das 20. Jahrhundert hat uns darüber eindringlich belehrt, daß die Verwirklichung sozialistischer Forderungen auf ökonomischem Gebiet (Sozialisierung, planmäßige Lenkung der Produktion, Vollbeschäftigung usw.) de facto sehr wohl im Sinne eines funktionierenden, ja, sogar imponierenden Mechanismus möglich ist, ohne die Menschenrechte zu gewährleisten.

Entscheidende Fragen

Wenn wir heute mit dem Bewußtsein vor die Öffentlichkeit treten, eine hohe, große und trotz allen Elends beglückende Mission zu besitzen, so deswegen, weil wir annehmen, aus diesen elementaren Erkenntnissen der gegenwärtigen geschichtlichen

Situation die einzig möglichen Schlußfolgerungen zur Richtschnur unseres politischen Verhaltens und zur Quintessenz aller unserer Forderungen zu machen. Wenn wir die Gründe des Versagens der Weimarer Republik kritisch beleuchten und gleichzeitig versuchen, den Hitlerismus mit dem nüchternen Blick des Historikers zu beurteilen, so ergeben sich aus dieser Betrachtung **zwei Fragen**, von deren Beantwortung es nach unserem Dafürhalten allein abhängen wird, ob das, was von Deutschland übriggeblieben ist, noch eine Zukunft hat oder nicht:

1. **Ist die Errichtung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung auf der Basis der ökonomischen Forderungen des Marxismus vertagbar?**
2. **Ist ein Sozialismus im Sinne aller seiner großen Verkünder möglich ohne Sicherung der Menschenrechte**, d. h. der durch die Demokratie gesicherten Glaubens-, Gewissens- und Meinungsfreiheit des einzelnen?

Die Sozialdemokratie beantwortet beide Fragen mit einem entschiedenen **Nein**. So selbstverständlich das in unseren Kreisen klingt, so muß ich doch darum bitten, einen Augenblick bei diesem Problem zu verweilen und es genau zu durchdenken. Denn in der Beantwortung dieser Fragen **unterscheidet sich die Sozialdemokratie grundsätzlich von allen anderen deutschen Parteien**, ja, noch mehr, ihr politischer Standort ist damit genau bestimmt: sie ist die einzige, sie ist die Linkspartei im Deutschland unserer Zeit!

Wenn ich vorhin feststellte, daß unsere Väter und Großväter für Sozialismus und Demokratie gekämpft haben als für zwei praktisch gleich weit entfernte Ziele der Zukunft, so ist ihnen nicht zu verargen, daß sie sich vielleicht nicht immer die richtigsten Gedanken über den kausalen inneren Zusammenhang dieser beiden Ideen gemacht haben, die sich so bitter notwendig zur Ergänzung brauchen, wenn eine neue Gesellschaft, von einem neuen Menschentyp getragen, wahrhaft werden soll. Wir Heutigen aber sind im Besitz der Lehren von Weimar, wir sind im Besitz der Lehren des Hitlerismus: **Wehe uns, wenn wir sie nicht anzuwenden verstehen!** Die Demokratie trat ins Leben mit dem herrlichsten und erhabensten Schlachtruf, der jemals in der Geschichte erhoben worden ist: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit. Sie konnte in den Staaten, in denen sich ein für die Demokratie bereites Volk entwickelt hat, die politische Freiheit und die Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetz verwirklichen, zwei große Leistungen, deren Bedeutung wir Deutschen vielleicht erst in den Klauen des Hitlerismus voll erkannt haben. Aber wo ist die Brüderlichkeit geblieben? Und was ist in dem kapitalistischen Wirtschaftssystem aus dem reinen Freiheitsbegriff der französischen Revolution geworden, der ja schließlich auch eine Freiheit von Elend, Hunger und Not in sich schließt? Was aus der Gleichheit, in der wir Sozialdemokraten ja niemals, wie unsere bürgerlichen Verleumder von einst und leider auch von heute uns andichten wollen, eine schematische Kollektivgleichheit der Individuen, sondern eine Gleichheit sozialer Voraussetzungen gesehen haben?

Bekenntnis zu Karl Marx

Nach unserer Überzeugung, Genossinnen und Genossen, erhielt deswegen **die Demokratie ihren letzten Sinn erst durch den Sozialismus**. Und wenn wir in unserer Prinzipienerklärung voller Stolz und Genugtuung auf Karl Marx hinweisen, so bekennen wir uns damit zu der unvergänglichen Leistung eines Mannes, dem die Menschheit ewigen Dank schuldig ist, weil er aus einem tiefen sozialen Ethos heraus nicht nur die Widersprüche von liberalistischer Demokratie und Massenelend erkannt, sondern auch konstruktive Wege zur Überwindung dieser Widersprüche gewiesen hat. Und wenn man von uns darüber Auskunft verlangt, wie im Sozialismus die Freiheit des Menschen und die individuelle Verantwortung gegenüber den Ansprüchen der Gesellschaft gesichert werden soll, so antworten wir: Durch die Demokratie.

Eine Freiheit allerdings, die im kritischen Sinne ihren Namen nicht verdient, wird der Sozialismus beseitigen: die Freiheit der wenigen Hemmungslosen und Begünstigten, die Masse der anderen auszubeuten, weil ihnen der Erwerb oder die Vererbung ausschlaggebender Produktionsmittel ein soziales Machtprivileg über ihre Mitmenschen in die Hände gespielt hat. Dabei verkennt die Sozialdemokratie nicht die große **Gefahr**, daß im Rahmen der Planwirtschaft **das System einer hierarchischen Bürokratie** allmählich einen Apparat zur Herrschaft bringen kann, aus dem sich wiederum ein Instrument entwickeln würde, das für die Freiheit eine tödliche Gefahr bedeutet. Durch demokratische Kontrolle ist dem zu begegnen. So wird eine neue Gesellschaft durch den unaufhörlichen schöpferischen Kreislauf von Sozialismus und Demokratie gesteuert. **Sozialismus und Demokratie sind für uns die Pole, in deren Kraftfeld das Leben der Menschheit von morgen pulsiert**, wächst und seine Probleme gestaltet. Nie wieder wird es in unseren Reihen heißen: „Durch Demokratie zum Sozialismus!" oder „Durch Sozialismus zur Demokratie", sofern diese Maxime chronologisch und nicht geistig begriffen wird. **Beide Ideen sind uns zu untrennbaren Bestandteilen einer Weltanschauung geworden**, und wir erkennen heute, daß beide gleich aktuell sind. Wir müssen darum auch beiden Ideen mit gleicher Intensität die ganze Kraft unserer politischen Gestaltung widmen.

Aus dieser Analyse der Gegenwart ergeben sich zwangsläufig manche Folgerungen, die die tiefsten Wurzeln unserer weltanschaulichen Überlieferungen berühren. Wir dürfen auch hier nicht ausschließlich Interpreten bleiben, sondern müssen in vielen Punkten **Neuschöpfer** werden. Aber die von uns zu vollbringende geistige Leistung darf an Gründlichkeit, an Klarheit des Denkens und an Wahrheitsgehalt nicht hinter der geistigen Leistung der Vergangenheit zurückstehen. In der Prinzipienerklärung ist es niedergelegt, daß wir Marx nicht verabsolutieren wollen: in dieser Hinsicht haben diejenigen, die aus der genialen Geschlossenheit des Welt- und Geschichtsbildes eines großen und schöpferischen Wissenschaftlers den Absolutismus und Unfehlbarkeitsanspruch der Kommentatoren herleiteten, der Sache des Sozialismus geistig und propagandistisch einen schlechten Dienst erwiesen. Aber wenn wir die Marxsche Denkmethode **nicht als einen starren Katechismus** betrachten, der um seiner selbst willen gilt, sondern wenn wir sie nur in ihrer großartigen Klarheit richtig anzuwenden verstehen, so wird sie uns auch über die augenblicklich so verworren scheinende Struktur der menschlichen Gesellschaft Erleuchtungen und Aufschlüsse geben, die uns staunen machen werden.

Sozialdemokratie bleibt Arbeiterpartei

Nun sind in letzter Zeit aus dem Lager uns gefühlsmäßig nahestehender und sympathisierender Menschen Wünsche an uns herangetragen worden, wir möchten das ideologische Gefüge der Sozialdemokratie auflockern und ihr den Charakter einer großen allumfassenden **Volkspartei** geben. Wir müssen demgegenüber in aller Deutlichkeit betonen, daß die Sozialdemokratie nach wie vor **eine Partei des arbeitenden Volkes** ist und bleiben wird. Dies allerdings im weitesten Sinne des Wortes. Wer immer den ehrlichen Willen besitzt, mit uns für die Errichtung dieser Ziele zu wirken, ist uns in unseren Reihen willkommen. Die Sozialdemokratie ist eine demokratische Parteiorganisation, in der jeder, der etwas zu sagen hat und zu überzeugen vermag, gehört wird und Anklang findet. Da wir uns aber von unseren Prinzipien nichts abmarkten lassen, können und wollen wir keine im Kern zu nichts verpflichtende Volkspartei sein, ganz abgesehen davon, daß eine solche politische Organisation immer die Tendenz hat, zum Einparteiensystem auszuarten.

In diesem Zusammenhang möchte ich aber eine eindringliche **Mahnung zur Toleranz** gegenüber allen echten weltanschaulichen Impulsen aussprechen, die heute zur politischen Mitarbeit drängen. Nicht das Klassenbewußtsein entscheidet über den Wert eines Mitstreiters in unseren Reihen, sondern allein sein sozialistisches Gewissen. Unsere Entschlossenheit, höchste Menschheitsziele zu verwirklichen, die in sich selbst die größte geistige Weite und Freiheit verbürgen, darf nicht zu einer Enge des Horizonts in der Gegenwart führen: Wir müssen uns kräftig genug fühlen, weit-

hin auszustrahlen und aufrichtiges Streben und Wollen m: Erkenntnis zu befruchten. Mit Selbstkritik und Objektivität haben wir heute zu überprüfen, woran es gelegen hat, daß wir in Deutschland zwar meist die stärkste Partei verkörperten, aber nie stark genug waren, bei Wahlen eine entscheidende Mehrheit zu erringen. An unseren Zielen kann dies nicht liegen, und ebensowenig ist die politische Indifferenz der Massen allein dafür verantwortlich zu machen. Zu einem gewissen Teil hat die mangelnde Werbekraft sicher auch an unserem Verhalten gelegen, und zwar nicht so sehr an einem politischen Versagen — wir trugen ja, von drei Monaten abgesehen, niemals die alleinige Verantwortung —, **als an einem Mangel ungenügenden psychologischen Kontakts mit dem Mittelstand, der Intelligenz und den innerlich religiösen Menschen.** Diesen Fehler in seinem geschichtlichen Zusammenhang erkennen, heißt ihn bereits zur Hälfte überwinden, gleichzeitig aber auch die hohe Verantwortung jedes einzelnen Funktionärs für die Zukunft aufs deutlichste betonen.

Notwendigkeit und Voraussetzungen sozialistischer Wirtschaft

Über die gleichzeitige und gleichgewichtige Aktualität von Sozialismus und Demokratie habe ich vorhin schon gesprochen. Gestatten Sie mir nur noch wenige Bemerkungen und Auslegungen zu diesem Teil der Erklärung. Die Sozialdemokratie hätte sich und dem deutschen Volke wahrlich gewünscht, daß der Sozialismus als die Frucht einer ethischen und geistigen Erkenntnis angesichts eines intakten Wirtschafts- und Produktionsapparates aus dem Willen der großen Mehrheit bei völlig freier Ent-Entscheidung herausgewachsen wäre. Die Geschichte hat diesen Wunsch nicht erfüllt und ließ den deutschen Kapitalismus zu einer Zeit abtreten, als er sich nicht nur von innen her überlebt, sondern selbst vernichtet hatte. Wir stehen heute einem Vakuum gegenüber, und dem Sozialismus erwachsen kaum lösbare Schwierigkeiten aus einer Lage, die er nicht selbst geschaffen hat. Wir können die vor uns liegenden Aufgaben, die schwierigsten, vor die je ein Volk sich gestellt sah, nicht erfüllen ohne eine Verdeppelung, ja Vervielfachung unserer Kräfte, mit deren Dynamik wir auch die Lethargie, mit der weite Volkskreise augenblicklich noch dem politischen und wirtschaftlichen Leben gegenüberstehen, infizieren müssen.

Ein Wiederaufbau des kapitalistischen Systems in irgendeiner Form würde heute **nicht nur aus Gründen ethischer Verantwortung untragbar** sein, sondern auch **ökonomisch nicht funktionieren.** Wir können nicht ewig bei einem Ernährungsniveau stehen bleiben, das für die breite Masse in allen Besatzungszonen zwischen 1000 bis 1500 Kalorien schwankt, wenn sich Deutschland nicht allmählich in eine unbewohnte Wüste verwandeln soll. Von der **Steigerung der gesamten Produktionsleistung** wird es allein abhängen, ob sich die Lebensbedingungen der deutschen Bevölkerung in den nächsten Jahren entscheidend bessern. Die Grundlage für eine solche Entwicklung bildet eine Reihe von Forderungen, die in dem Aktionsprogramm im einzelnen aufgezählt sind und deren Gewährleistung zum größten Teil nicht in unserer Macht steht. Aber selbst wenn diese elementaren Voraussetzungen geschaffen sind, könnte eine **freie** Wirtschaft sie nicht sinnreich verwerten, sondern allein eine sozialistische **Planwirtschaft**, die darüber wachen wird und wachen muß, daß kein Pfennig Kapitalgewinn nutzlos verkommt. Soweit die von liberalistischen Kreisen mit solchem Nachdruck gepriesene freie schöpferische Initiative dem Nutzen der Gesamtheit zu dienen bereit ist und nicht der Vermehrung einzelner Unternehmerprofite, wird sie auch der sozialistischen Wirtschaft willkommen sein. Die Sozialdemokratie hält es aber nicht für angezeigt, endlos über theoretische Fragen zu diskutieren, die sich in letzter Konsequenz doch nur als Schlagworte gegenüberstehen, sondern sieht in der **Ausarbeitung einer gründlichen und umfassenden sozialistischen Wirtschaftsverfassung** ein dringendes Gebot der Stunde.

In diesem Rahmen kommt auch einer exakten Bestandsaufnahme der noch vorhandenen Produktionskräfte und einer sorgfältigen betriebswirtschaftlichen Kalkulation entscheidende Bedeutung zu; eine solche Tätigkeit kann allerdings nur dann

erfolgreich sein, wenn Deutschland wieder eine wirtschaftliche Einheit bildet. Die hermetische Zonenabschnürung hat vielfach, der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe, mit der Bildung auf die Dauer lebensunfähiger lokaler Zwergindustrien zur Deckung des dringendsten Bedarfes des jeweiligen Hinterlandes einen Wirtschaftspartikularismus aufwuchern lassen, der einen ökonomischen Widersinn darstellt und dessen notwendiger allmählicher Abbau neue Probleme mit sich bringen wird.

Ich fasse zusammen: Die sozialistische Wirtschaft beginnt in Deutschland ihr Dasein nicht als höheres Ordnungsprinzip des gesellschaftlichen Lebens unter Übernahme eines zwar nach kapitalistischen Produktionsgesetzen nicht mehr funktionierenden Apparats, aber mit intakter Substanz — dies war die ökonomische Vorstellung von Marx und Engels —, sondern als **Lebensretterin des deutschen Volkes schlechthin.** Die Sozialdemokratie wird jedoch alles daran setzen, daß die Radikalität dieses unerbittlichen Zwanges nicht nur den wirklichen Schutt nach und nach beseitigt, sondern auch mit überalteten Vorstellungen aufräumt und ihr Menschen gewinnt, die innerhalb einer materiellen Neuordnung der Besitzverhältnisse auch eine neue geistige und moralische Beziehung zum Besitzproblem gewinnen. Wir sind gewiß, daß am Ende dieser Not die Freiheit stehen wird, wenn uns die Massen auf dem Wege zum Sozialismus folgen.

Wesen der Demokratie und ihre Sicherung

Für das Verhältnis der Demokratie zum Sozialismus und für die Bestimmung des Wesensgehaltes der Demokratie selbst haben sich die Kommissionen lange um zureichende und aufklärende Formulierungen bemüht. Daß in weiten Bevölkerungskreisen hierüber noch Mißverständnisse herrschen, ist nicht für uns beschämend, sondern für andere, die zwar über mehr Papier und andere propagandistische Rohstoffe verfügen als wir, aber mit diesem äppigen Pfunde nicht gerade überzeugend im Sinne einer objektiven Aufklärung gewuchert haben. Für uns steht und fällt die Demokratie heute und in Zukunft mit dem Bestehen von **mindestens zwei politischen Richtungen,** die innerhalb des staatlichen und öffentlichen Lebens ein elastisches Gleichgewicht der Kräfte garantieren. Würde einmal der Idealzustand eintreten, daß praktisch alle Staatsbürger sich zum Sozialismus bekennen, so müßte **auch diese Gemeinsamkeit** der Weltanschauung **zwei** politische Parteien garantieren, um das Existenzprinzip der Demokratie zu wahren. Jede Leistung, die nicht immer wieder anregende Impulse der Kritik empfängt, erstarrt nicht nur im Laufe der Zeit in ihrem Schöpferwillen, sondern wird zwangsläufig intolerant gegenüber anderen Strebungen und Regungen.

Unter 65 Millionen Staatsbürgern **darf nicht ein einziger um seiner Meinung willen vergewaltigt und verfolgt werden.** Auch ihm muß immer theoretisch die Möglichkeit offen bleiben, die Mehrheit der anderen 65 Millionen wiederum auf seine Seite zu ziehen. Eine parlamentarische Mehrheit kann unter mehreren Meinungen eine für verbindlich erklären, — wenn sie aber in die Gewissensfreiheit des einzelnen eingreift und eine Gesinnung zu kommandieren gedenkt, hört sie auf, demokratisch zu handeln. Die Seltenheit der Verbote und die Vielzahl des im Rahmen der Gesellschaft Erlaubten sind nicht nur ein untrügliches Charakteristikum für die Qualität eines demokratischen Systems als solchen, sondern auch ein Prüfstein für die politische Mündigkeit der Staatsbürger.

Damit komme ich zu den **unvermeidlichen Sicherungen, die für die Selbsterhaltung der Demokratie unumgänglich notwendig sind.** Diese Sicherungen sind nach oben und nach außen notwendig. Die Sicherung nach oben betrifft die Grundrechte des einzelnen gegenüber dem Apparat des Staats, der Wirtschaft und der Verwaltung. Mit ihr hängt zusammen die Gewährleistung der persönlichen Freiheit und Sicherheit und das Funktionieren einer öffentlichen Rechtspflege. Die Zentralisierung von allzu vielen Befugnissen in einer Hand — sei es auch im Rahmen einer demokratischen Körperschaft — birgt immer die Gefahr latenter machtpolitischer Experimente in sich, eine

Gefahr, vor der sich Deutschland mit seiner jahrhundertelang vererbten und überpflanzten autoritären Tradition ganz besonders in acht nehmen muß. Wir müssen daher **das Prinzip einer möglichst weitgehenden Gewaltenteilung in Politik und Verwaltung** aufs konsequenteste befürworten und allen Versuchen entgegentreten, Macht um ihrer selbst willen zu konzentrieren. Diese Gefahr ist schon da gegeben, wo sich einem demokratischen Wahlvorgang Vorstellungen von der Unersetzlichkeit des jeweiligen Repräsentanten beimischen. Mit dem Glauben an die eigene Unersetzlichkeit beginnt es, mit der Überzeugung von der eigenen Unfehlbarkeit hört es auf. Also auch die Sentimentalität guter Demokraten kann sich für die Demokratie schädlich auswirken, wenn ein und dieselbe Person jahrzehntelang in einem öffentlichen oder Parteiamt bestätigt wird, statt neue Kräfte an die Verantwortung zu lassen. Wehe der Demokratie, in der der einzelne unersetzlich ist, sie steht auf sehr schwachen Füßen! Nach einer gewissen Reihe von Jahren sollte er mindestens einmal einem anderen Platz machen, wobei seiner Wiederwahl nichts im Wege steht, wenn der Nachfolger sich nicht genügend bewährt. Ich erwähne dies deshalb mit solcher Eindringlichkeit, weil in unseren eigenen Reihen von altersher eine gewisse Neigung dazu besteht, eine Art patriarchalischer Hierarchie zu fordern, weil man auch bei uns immer noch glaubt, einer gewissen Autorität nicht entraten zu können.

Die Weimarer Republik hat diese eine Pflicht der Demokratie, die Sicherung nach oben, bis zur Selbstzerfleischung erfüllt, dafür aber die andere, **die Sicherung nach außen**, zu ihrem eigenen Verderben so gut wie unbeachtet gelassen. Genau so wie der einzelne gegenüber dem Staat geschützt werden muß, **bedarf der Staat als Existenzform der Demokratie des Schutzes gegen seine Feinde.** Er darf es nicht zulassen, daß man ihn mit den Mitteln, die er selbst zur Verfügung stellt, unterminiert und seine Lebenskraft allmählich auslaugt. Dabei ist es völlig gleichgültig, ob ein solches Unternehmen legal getarnt ist und die Demokratie legal zu Fall bringt, um nachher desto illegaler gegen Menschlichkeit, Recht und Freiheit zu wüten wie der Hitlerismus. Ein demokratisches Staatswesen, das sich solchem Feinde gegenüber dumm oder tot stellt, hat seinen Untergang verdient.

Wenn Ihr wissen wollt, was eine Partei, eine Organisation oder sonstige politische Körperschaft für die Demokratie wert ist, dann studiert nicht allein ihr Programm, sondern vergleicht die Programme mit der Physiognomie, mit **der inneren Struktur dieser Partei!** Denn jede Partei gibt der Demokratie nach außen so viel, wie sie von ihr im Innern verwirklicht. Wo immer aber eine solche Richtung dem demokratischen Staat seine Argumente abborgt, um notdürftig eine innere Diktatur zu tarnen, die auf die Dauer nicht verborgen bleiben kann, sollte sie von der Demokratie als Todfeind erkannt und mit wirksamsten Mitteln bekämpft werden.

Die Sozialdemokratie sieht sich bei dieser Gelegenheit zu der Erklärung veranlaßt, daß auch sie sich keinerlei Illusionen über reaktionäre Intrigen und Verschwörungen macht. **Sie verabscheut aber die Taktik der SED, aus Sorge vor der einen Diktatur vorsorglich gleich eine andere aufzurichten;** das heißt, den Teufel mit Beelzebub austreiben. Wir ziehen es vor, die Demokratie so stark wie möglich zu machen, um die Vorbereitungszeit zweckmäßig zu nützen, die uns bis zur endgültigen Übernahme einer autonomen Verantwortung in Deutschland verbleibt. Die Reaktion wird um so wirksamer in Schranken gehalten werden können, je weniger die Demokratie zu wünschen übrig läßt und je weniger sie Zustände herbeiführt, die eine Reaktion — sogar im wörtlichen Sinne — wünschenswert machen.

Hiermit, Genossinnen und Genossen, glaube ich, Ihnen einen aufklärenden Bericht über die Gedanken und Erwägungen gegeben zu haben, von denen die Programmkommission bei der Formulierung ihrer Prinzipienerklärung ausgegangen ist. Gestatten Sie mir nun abschließend noch einige kurze Bemerkungen zu den zwanzig Forderungen unseres Aktionsprogramms. Aber weder möchte ich Sie mit einer mechanischen Aufzählung aller zwanzig Punkte langweilen, von denen ohnedies viele so selbstverständlich sind, daß ein Kommentar sich erübrigt, noch würde meine Redezeit die Ausführung eines solchen Vorhabens überhaupt gestatten. Ich werde mich daher auf die Herausarbeitung einiger Einzelheiten beschränken, bei denen mir entweder eine noch schärfere Präzisierung oder auch diese oder jene kritische Bemerkung notwendig erscheinen.

Einheitsstaat oder Bundesstaat?

Ich greife hier zunächst den Punkt 4 des Aktionsprogramms: „Für eine Neugliederung Deutschlands" heraus. Die vorliegende Formulierung läßt die **Tendenz zum Einheitsstaat** erkennen. Für meine Person gestehe ich, daß ich einen vernünftigen und lebensfähigen **Föderalismus** aus historischen und realpolitischen Gründen, vor allem auch aus demokratischer Überzeugung, vorziehen würde. Geschichtlich beruht die Entwicklung Deutschlands in seiner staatlichen Struktur seit Jahrhunderten auf dem bundesstaatlichen Prinzip. Freilich ist auch hier sicherlich das Licht nicht vom Schatten zu trennen. Aber wir müssen doch anerkennen, daß alle Leistungen in der deutschen Geschichte, an dieser Erkenntnis sozusagen vorbeizurezieren, kurzfristig und meist gefährliche Experimente gewesen sind. Der Hinweis auf separatistische Bestrebungen an der Peripherie des verbliebenen deutschen Gebietes als Gegenargument gegen den Föderalismus scheint mir nicht durchschlagend zu sein: hier handelt es sich zweifellos um gewisse moralische Fäulniserscheinungen, die der Nachkriegszeit eigentümlich sind, aber die nächsten Jahre kaum überleben dürften. Realpolitisch halte ich persönlich den Bundesstaat für zweckmäßig, weil es sinnlos wäre, mit starrem Festhalten an der Konzeption eines zentralistischen Einheitsstaates gegen den Strom zu schwimmen. Bitte, mißdeuten Sie diese Ansicht nicht als Opportunismus! Ich weiß sehr wohl, daß man aus Gründen sittlicher Pflicht und Verantwortung gezwungen sein kann, gegen den Strom schwimmen zu müssen, wenn eine solche Entwicklung den Geist der Geschichte gegen sich hat. Ist es aber umgekehrt, so wird aus dem Kampf gegen die Wellen eine Donquichotterie. Schließlich bin ich auch als Demokrat für einen künftigen Bundesstaat Deutschland, weil ich das Prinzip der Gewaltenteilung, das ich vorhin schon für Politik und Verwaltung in Anspruch nahm, auch auf dem Gebiet des Staatsrechtes weitgehend gesichert wissen möchte.

Daß wir Sozialdemokraten natürlich Staatspräsidenten oder Könige an der Spitze von Bundesstaaten aufs entschiedenste ablehnen, braucht hier nicht näher begründet zu werden. Im übrigen werden wir alle übereinstimmen, wenn es im Absatz 4 heißt, daß **die Länder sich nicht als Selbstzweck betrachten** dürfen. Auch ist nicht zu verkennen, daß die Genossen, die für den Einheitsstaat mit angemessener Dezentralisation in der Verwaltung eintreten, ihre guten und gewichtigen Gründe haben.

Es wird notwendig sein, in der Frage der künftigen Verfassung Deutschlands und einer genauen Abgrenzung der Kompetenzen aller Staaten und Länder nach oben und unten noch weitere Klarheit zu schaffen. Es gilt für alle deutschen Parteien, nicht ständig bei gleichsam geräusperten Andeutungen über dieses Thema stehen zu bleiben, aus denen schließlich jeder etwas anderes herauslesen kann, sondern auch hier klare und unmißverständliche Vorschläge auszuarbeiten.

Wiedereingliederung der NSDAP-Mitglieder — Sozialistisches Kulturprogramm

Weiter lassen Sie mich herausgreifen den Punkt 11, zu dem ich folgendes feststellen möchte: Die Sozialdemokratie verkennt nicht die beklagenswerte Tatsache, daß im Interesse der Sicherung und Erhaltung der Demokratie die acht bis zehn Millionen Deutscher, die in der Vergangenheit Mitglieder der NSDAP waren, für eine gewisse Übergangszeit **nicht uneingeschränkt an den demokratischen Rechten und Pflichten teilhaben dürfen.** Ihre allmähliche **Wiedereingliederung in die Gemeinschaft** der Staatsbürger ist als die wichtigste Aufgabe der nächsten Jahre zu betrachten. Kriegsverbrecher und Denunzianten dürfen selbstverständlich aus dieser Entwicklung

keine Vorteile ziehen. Wenn die Sozialdemokratie fordert, daß sich dieser Prozeß nur schrittweise und im Rahmen entsprechender Gesetze und Maßnahmen vollziehen kann, und wenn sie jede Verwässerung dieser Frage aus wahlopportunistischen Gründen aufs schärfste bekämpft, so ist sie hierbei nicht von Haß- und Racheerwägungen, sondern von höchstem Verantwortungsgefühl für eine starke und innerlich gesunde Demokratie geleitet. Die schematische Umstempelung von nominellen Pg's zu nominellen Mitgliedern antifaschistischer Parteien betrachtet sie als gefährlich und verwerflich.

Die Punkte 15—17 enthalten die **Mindestforderung für ein sozialistisches Kulturprogramm.** Wir sind uns bewußt, gerade im Hinblick auf die stolze Tradition auf diesem Gebiet, daß wir hierbei nicht stehen bleiben dürfen, — nicht nur, weil die Aufgaben hier besonders mannigfaltig sind, sondern auch, weil die Menschheit von heute mehr denn je dazu neigt, sich im Banne einer ungeheuren materiellen Not über die Ansprüche des geistigen Lebens erschreckend wenig Gedanken zu machen. Wir müssen es bei dieser Gelegenheit aussprechen, daß die große Hoffnung, die Zerschlagung des Hitlerismus würde eine große Fülle verborgener geistiger Schätze zutage fördern, sich nicht erfüllt hat. Die Wegschaffung des Schuttes von den geistigen und kulturellen Trümmerstätten läßt sich leider nicht mit wirklicher Exaktheit planen und berechnen. Bekennen wir offen, daß die schicksalhaften Nachwirkungen eines Systems, das wie kein anderes ein Todfeind des Geistes und der Intelligenz war, noch zu tief in uns allen verankert sind, damit wir begreifen, warum unserem kulturellen Leben bei vielen fruchtbaren Ansätzen noch die große Linie fehlt.

Dies gilt vor allem auch für **die Jugend**, der der Nationalsozialismus sicherlich die empfindlichsten Wunden geschlagen hat, die aber ihre geistige und seelische Not auch am ursprünglichsten und tiefsten empfindet. Wenn die von uns für die Jugend geforderte Amnestie zustande kommt, so ist damit zwar ein wesentlicher erster Schritt getan, aber wir dürfen uns nicht dabei beruhigen, wie herrlich weit wir es mit der Jugend nun damit schon gebracht haben. Die maßlos vernachlässigte Erziehung der Jugend, die der Hitlerismus als Züchtung von Zwitterwesen zwischen Sklaven- und Herrentum, aber nicht als Menschenbildung begriff, lädt uns **eine der schwersten, aber auch schönsten Verantwortungen** auf. Wir dürfen die Jugend in ihrer bedrängten Lage nicht sich selbst überlassen, weil uns ihr oft geäußertes Mißtrauen zurückstößt, um zu verhindern, daß sie an ihr verzweifelt, aber auch, daß sie mit dieser Not einen Götzendienst treibt. Und es gibt in der heutigen Zeit kaum etwas Beglückenderes und Erhebenderes, als zu erleben, wie ganz allmählich, durch viel Geduld und guten Willen geweckt, in den jungen Menschen ein Gefühl des Vertrauens wieder aufersteht, das schon einmal aufs brutalste verschüttet und zerstört wurde und um keinen Preis der Welt ein zweites Mal von einer solchen Katastrophe betroffen werden darf. Die erschütternde Jugendkriminalität ist nicht allein eine Folge materiellen Elends, sondern auch der geistigen Vernachlässigung.

Sozialistische Kulturarbeit hat es sich von jeher zum Ziel gesetzt, **den Sinn für die großen und unvergänglichen Werte der Menschheit auch in den Seelen der Ärmsten der Armen zu wecken.** Mit Stolz erinnern wir uns daran, daß es Jakob Audorf, ein einfacher Arbeiter, war, der die uns allen so teuren Verse vom „Unverstand der Massen als dem Feind, den wir am tiefsten hassen" niederschrieb. Nie war die sozialistische Kulturaufgabe aktueller und verpflichtender als heute. Keine Organisation der Welt vermag Kunst und Wissenschaft zu erzeugen, sie bleiben ewig an die Inspiration des einzelnen gebunden, die er in einer begnadeten Stunde empfängt. Aber sie zu fördern vermögen wir, wo immer wir ihnen begegnen. Darum verlangen wir, daß ihre modernsten Ausdrucksmittel, Film und Funk, von der absoluten Vorherrschaft verflachenden Kitsches und oberflächlichen Zeitvertreibs befreit werden und ihre Tore so weit wie möglich für Kunst und Wissenschaft öffnen; das sogenannte Publikum will gar nicht das Flache und Schlechte um seiner selbst willen, wie man auch heute noch so oft hören muß. Es wird bereit sein, das Gute zu verlangen, soweit es das Gute nur kennenlernt.

Für Völkerverständigung und Weltfrieden

Im letzten Punkt bekennen wir Sozialdemokraten uns zu dem großen Gedanken des **internationalen Sozialismus** und zu seinen beiden edelsten Zielen, der **Völkerverständigung** und dem **Weltfrieden.** Wir verpflichten uns zu diesem Bekenntnis nicht als Angehörige eines besiegten Volkes, die mit einem solchen Bekenntnis die Witterung für eine gute Konjunktur verbinden, sondern als die **überlebenden Brüder und Genossen aller derer, die ihre Treue zu dieser Überzeugung in den Konzentrationslagern und auf den Schafotten des Dritten Reichs mit ihrem Leben bezahlt haben.** Wenn wir heute den Blick über die gesperrten Grenzen hinweg auf Europa richten und wenn wir auch unseren alten Kontinent als Baustein in dem Ganzen einer für immer befriedeten Welt empfinden möchten, dann tun wir das bescheidenen Herzens und nicht als Träger eines Anspruchs, daß am deutschen Wesen noch einmal die Welt genesen soll. Die Welt ist an diesem deutschen Wesen zweimal fast verdorben, — aber wir brauchen die Welt zu unserer Genesung, und wir dürfen heute diesen Hilferuf an sie richten, weil wir sie niemals verleugnet haben.

Genossinnen und Genossen! Sie werden in der Diskussion zu Gericht sitzen über die Arbeit der Kommission. Vorstand und Parteiausschuß haben sie, wie schon betont, so zusammengesetzt, daß praktisch alle gegenwärtigen Strömungen und Richtungen der Partei symbolisch in ihr vertreten waren. Wir faßten die uns anvertraute Aufgabe nicht in dem Sinne auf, nun etwa die einzelnen Richtungen gegeneinander auszuspielen, sondern arbeiteten zusammen als Genossen und Sozialisten, die alle am gleichen Strang ziehen. Wir bilden uns nicht etwa ein, Ihnen etwas Vollkommenes vorzulegen, sondern es genügte uns, eine Plattform zu schaffen, von der wir hoffen, daß Sie alle sich auf ihr verständigen können. Wir haben versucht, mit der Prinzipienerklärung und dem Aktionsprogramm einen Brückenschlag zu vollziehen aus der harten und finsteren Gegenwart in eine hoffnungsvollere Zukunft. Das Heute wird uns nicht erdrücken und erschlagen, wenn wir hinter ihm ein Morgen vermuten dürfen, das wir nicht tatenlos vom Schicksal als Geschenk erwarten, sondern das wir uns redlich verdienen, an dem wir **mitwirken und mitgestalten wollen durch unserer Hände und unseres Geistes fleißige, tatkräftige und nimmermüde Arbeit.**

Aktionsprogramm
der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Landesverband Groß-Berlin

beschlossen auf dem Landesparteitag am 18. August 1946 *)

Deutschland steht heute in einer Existenzkrise, Europa in einer Kulturkrise, die Welt vor einer entscheidenden Wende. Dabei lebt das deutsche Volk, nach einem sinnlos begonnenen Krieg besiegt und in vier Besatzungszonen zerrissen, inmitten eines Kraftfeldes, in dem die Interessen der Weltmächte einander widerstreiten. Aus dieser Existenzkrise gibt es weder einen östlichen noch einen westlichen Ausweg, sondern es muß eine deutsche Lösung gefunden werden. Es kommt darauf an, alle Kräfte zu entfalten, die im deutschen Volk einen neuen Willen zur Gestaltung seiner Zukunft und zur Mitarbeit an einem friedlich verbundenen Europa erwecken.

Nachdem das kapitalistische Wirtschaftssystem und seine tragenden Kräfte sich als unfähig erwiesen haben, die ökonomischen und sozialen Verhältnisse der Menschen auf friedliche Weise zu gestalten, sind heute sozialistische Ordnung und demokratische Freiheit die einzige Hoffnung des an materiellen und kulturellen Gütern unsäglich arm gewordenen deutschen Volkes. Die Sozialdemokratie trägt das Bekenntnis zum Sozialismus und zur Demokratie in ihrem Namen. Sie hat ihm in ihrer achtzigjährigen Geschichte, die reich an Leistungen, wenn auch nicht frei von Fehlern war, unverändert die Treue bewahrt. Die Sozialdemokratie sieht auch heute keinen Anlaß, von den großen und bleibenden Erkenntnissen der von Marx und Engels entwickelten Wirtschafts- und Gesellschaftsanalyse abzugeben. Die unsterblichen Ideen der großen Sozialisten des 19. Jahrhunderts sind nach wie vor das politische Fundament der Sozialdemokratischen Partei. Sie stellt aber den lebendigen Geist über den toten Buchstaben und glaubt, daß der veränderten Welt des 20. Jahrhundert die Verpflichtung zu neuen Schlußfolgerungen erwächst. Um so entschlossener kämpft sie heute für die Verwirklichung der von Marx und Engels entwickelten Grundforderungen: Vergesellschaftung der Produktionsmittel und Beseitigung jeder Klassenherrschaft.

Die Sozialdemokratie ist eine Arbeiterpartei. Aber mit den Wandlungen der Wirtschaft haben sich auch die früheren Klassengrenzen verschoben. Die Sozialdemokratie heute ist daher zur Partei all derer geworden, die von der chaotischen Entwicklung des Kapitalismus betroffen und ins Elend gestoßen worden sind, aber auch die Partei all derer, die die Machtpolitik eines zentralistischen Staats- und Parteiapparates ablehnen. Darüber hinaus steht sie allen Kräften offen, die vom sozialistischen Fühlen und Wollen geleitet, nach Wegen suchen, um eine neue gesellschaftliche Ordnung mitzugestalten. Sie wendet sich hierbei ganz besonders an die Frauen, für deren ungeschmälerte politische und gesellschaftliche Rechte sie von jeher als entschlossenste Vorkämpferin eingetreten ist. Sie wendet sich schließlich nachdrücklich an alle jungen Menschen, die der Nationalsozialismus als Werdende systematisch um ein freies und weites Weltbild betrog.

Die Sozialdemokratische Partei Groß-Berlins betrachtet sich als Glied der großen deutschen Sozialdemokratie. Aber die besonderen Verhältnisse des Stadtstaates Berlin als fünfter Zone erfordern eine besondere Organisation. Die widernatürliche Einschmelzung der SPD in der Berlin umklammernden sowjetischen Zone gibt der Berliner Sozialdemokratie als Vorposten und Symbol eine erhebliche Bedeutung. Aus dieser Sonderstellung erwächst ihr die Verpflichtung, aus den Grundlagen ihrer Weltanschauung neue Konsequenzen zu ziehen. Die Berliner Sozialdemokraten, die mit

*) Unter Berücksichtigung der nach dem Parteitag gemäß dem dort gefaßten Beschluß von der Programm-Kommission nachträglich vorgenommenen Änderungen.

ihrer Selbstbehauptung bereits den Kampf um die Freiheit aufgenommen haben, sind entschlossen, diesen Kampf für die Verwirklichung des Sozialismus weiterzuführen. Ihre Arbeit wird von folgenden Grundsätzen bestimmt:

A. Sozialismus eine Gegenwartsaufgabe

Sozialismus ist heute kein Problem von theoretischen Erörterungen mehr, sondern eine Lebensaufgabe des deutschen Volkes. Die Forderungen, die ihm von den Besatzungsmächten auferlegt worden sind, lassen sich nur durch Planwirtschaft erreichen. Niemand kann es verantworten, heute die Verteilung der wenigen Rohstoffe dem freien Spiel der Kräfte zu überlassen. Die durch Bombenschäden und Demontagen aus den Fugen geratene deutsche Wirtschaft kann ihr Gleichgewicht nur bei straffer Lenkung wiedergewinnen. Bei den großen Opfern, die das Volk in seiner Gesamtheit zu tragen hat, läßt sich der ihm zugebilligte mittlere europäische Lebensstandard nur in einer sozialistischen Planwirtschaft erreichen. Die Trümmer des verbliebenen Zufallsbesitzes rechtfertigen nicht den Wiederaufbau eines Systems, das im Laufe der Zeit zwangsläufig zu neuen Krisen und Kriegen führen würde, sondern erfordern einen Neubau, der vom Geiste sozialistischer Verantwortung getragen wird. Dieser Neubau muß sich auf der Grundlage einer weitgehenden Vergesellschaftung der Grund- und Schlüsselindustrien, der Banken und Versicherungen, des Verkehrs und der Energieversorgung sowie bestimmter Versorgungsindustrien des Massenkonsums vollziehen.

B. Demokratie als Voraussetzung und Ziel

Für die Sozialdemokratie ist jedoch der Sozialismus nicht allein eine wirtschaftliche Aufgabe. Ebenso notwendig wie die Sicherung der materiellen Existenz des Volkes sind die Garantien für die politische und kulturelle Entfaltung jedes einzelnen im Rahmen der Gemeinschaft. Die Sozialdemokratie betrachtet die harmonische Verknüpfung der politischen Freiheit und der sozialen Gerechtigkeit als eine entscheidende Aufgabe der Zeit. Sie bekämpft den Kapitalismus, um den demokratischen Idealen der Freiheit und Gerechtigkeit durch Überwindung sozialer und wirtschaftlicher Abhängigkeiten ihren letzten Sinn zu geben. Dann aber darf die Planwirtschaft nicht zu einer Herrschaft des Apparates über den Menschen führen. Für die Sozialdemokratie ist die Demokratie keine Frage der Taktik, sondern ein unveräußerlicher Bestandteil ihrer Weltanschauung. Demokratie beruht auf dem gleichen Recht aller, an der Gestaltung des Staatsganzen mitzuwirken, damit aber auch zugleich auf der politischen Urteilsfähigkeit des einzelnen Staatsbürgers und auf seinem Recht zu freier Meinungsäußerung. Meinungen können sich aber nur bilden im gleichberechtigten Wettbewerb verschiedener Anschauungen und Überzeugungen. Die Herrschaft der Mehrheit darf niemals zur Vergewaltigung der Minderheit führen. Das Einparteiensystem ist deshalb mit Demokratie unvereinbar. Da die Freiheit gleichzeitig höchste Verantwortung bedeutet, kann die Demokratie nur dann zu einer wirksamen politischen Realität werden, wenn durch freie Wahlen jeweils die Fähigsten zur verantwortlichen Leitung berufen werden. Der Sozialismus würde seinen Sinn verlieren, wenn er nicht die menschlichen Freiheiten zu größerer Entfaltung brächte, als der Kapitalismus, und wenn nicht die Demokratie, verkörpert durch die politischen Parteien, die ständige Kontrolle der Wirtschafts- und Regierungsgewalt übernähme.

Von diesen Grundsätzen geleitet, erhebt die Sozialdemokratie folgende Gegenwartsforderungen:

1. Überwindung der inneren Grenzen — Festlegung der äußeren Grenzen

Der sofortige Abbau der Zonengrenzen und die Herstellung der wirtschaftlichen Einheit des gesamten deutschen Gebietes sind die erste Voraussetzung, um innerhalb der verengten Grenzen eine sinnvolle Wirtschaftsplanung und einen sozialistischen Aufbau durchführen zu können. Dabei ist die deutsche Wirtschaft der Aufgabe, ein 70-Millionen-Volk innerhalb dieser Grenzen zu versorgen, nur gewachsen, wenn sie weder im Westen ihrer besten Industrieriviere, noch im Osten ihrer wertvollsten Kornkammern beraubt wird.

2. Für zentrale Selbstverwaltung

Nur wenn dem deutschen Volk die Verantwortung für sein eigenes Geschick zurückgegeben wird, kann es seine demokratische Gesinnung beweisen, und nur eine einheitliche Leitung Deutschlands wird die wirtschaftlichen und politischen Aufgaben meistern, die der Wiederaufbau stellt. Die Sozialdemokratie fordert daher die Errichtung einer zentralen Selbstverwaltung. Verantwortungsbewußtsein und Demokratie müssen den Besatzungsmächten dafür bürgen, daß sie sich auf eine Kontrolle beschränken können.

3. Aufstellung eines deutschen Wirtschaftsplanes

Der Reparations- und Industrieplan der Alliierten gestattet dem deutschen Volk nicht den ihm zugebilligten mittleren europäischen Lebensstandard. Die Sozialdemokratie sieht deshalb eine der dringendsten Aufgaben in der Aufstellung eines Wirtschaftsplanes, der die materielle Existenz des deutschen Volkes sichert und dennoch Raum für die Reparationsverpflichtungen läßt. Der Neubau der deutschen Wirtschaft und ihre Umstellung auf Friedensproduktion kann nur dann erfolgreich sein, wenn die zu leistenden Reparationen endgültig festgelegt werden. Die Sozialdemokratie bejaht vorbehaltlos die Pflicht zur Wiedergutmachung, aber sie wendet sich gegen die unaufhörlichen Demontagen und gleichzeitigen Reparationsleistungen aus der laufenden Produktion.

4. Für eine Neugliederung Deutschlands

Die alte preußische Staatsmaschine hat sich überlebt. Die Sozialdemokratie fordert die Neugliederung Deutschlands in wirtschaftlich und politisch aufeinander abgestimmte mittelgroße Länder. Berlin muß bei entsprechender Abrundung des Stadtgebietes den Rang eines Landes erhalten. Die Länder dürfen sich als Selbstzweck betrachten. Das Recht der deutschen Republik bricht Landesrecht auch hinsichtlich der Verfassung.

5. Sicherung der materiellen Existenz

Die Zerstörungen der Produktionskräfte und die Pflicht zur Wiedergutmachung bringen es mit sich, daß der Ertrag, den das deutsche Volk aus seiner Arbeit gewinnt, auf Jahre hinaus wesentlich kleiner sein wird als früher. Die Sozialdemokratie setzt sich daher für eine gerechte Verteilung der Arbeit und ihres Ertrages ein. Überhöhte Gehälter und Einkommen sind zu unterbinden. Durch planvolle Lenkung der Produktion und der Kapitalbildung muß das Gespenst der Arbeitslosigkeit gebannt werden.

6. Gegen Privatmonopole — für Bestleistungen der Betriebe

Die Sozialdemokratie hat von jeher aus politischen und ökonomischen Gründen privatkapitalistische Monopole auf allen Gebieten bekämpft. Es kommt entscheidend darauf an, für alle Gewerbezweige und in den Gewerbezweigen für alle Betriebe die Entwicklung zu einer optimalen, nicht maximalen Leistung zu fördern, um die gesamte Wirtschaft vor Krisen zu bewahren. Die Sozialdemokratie ist überzeugt, daß die kleinen und mittleren Betriebe in der Planwirtschaft eine größere Aufgabe zu erfüllen haben und eine sicherere Zukunft besitzen, als in der privatkapitalistischen Konkurrenzwirtschaft. Dazu gehört freilich, daß die Betriebe durch genossenschaftlichen Zusammenschluß alle Möglichkeiten moderner Betriebsrationalisierung ausnutzen.

7. Gegen Schwarzmärkte — für eine Geld- und Kreditreform

Die verantwortungslose Finanzierungspolitik des Hitlerregimes hat zu einer Aufblähung des Geldumlaufs geführt, der das Preisgefüge gefährdet und die Arbeitsmoral durch die Bildung schwarzer Märkte untergräbt. Die Sozialdemokratische Partei fordert daher eine durchgreifende Geldreform mit dem Ziele, den Geldumlauf schnellstens dem tatsächlichen Güterumlauf anzupassen. Daneben ist die einheitliche Behandlung der Guthaben und ein einheitlicher Bankenverkehr in allen Zonen dringend notwendig.

8. Gegen finanzielle Illusionspolitik — für einen gerechten Lastenausgleich

Die Sozialdemokratie fordert schnelle Lüftung des Vermögensschleiers, der heute noch die tatsächlichen Vermögensverhältnisse des deutschen Volkes verdeckt. Die finanziellen Lasten aus dem Hitlererbe müssen nach sozialen Gesichtspunkten und nach der Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft verteilt werden. Dabei ist eine umfassende Heranziehung der Kriegsgewinne, Nazivermögen und Großvermögen eine ökonomische und moralische Notwendigkeit.

9. Für gesunde Bodenreform

Die Bodenreform ist in allen Besatzungszonen gleichmäßig in einer Weise durchzuführen, daß die politische Vormachtstellung der Großgrundbesitzer gebrochen wird und die Unterbringungsmöglichkeiten für Flüchtlinge erweitert werden, ohne daß deshalb die Produktionsleistung der Landwirtschaft eine Minderung erfährt. Die Neubauern müssen sich zu Genossenschaften zusammenschließen, die eine allmähliche Umstellung auf Veredelungswirtschaft erleichtern und die Versorgung mit landwirtschaftlichen Maschinen fördern. Für die Erhaltung einer ausreichenden Zahl von Muster- und Saatzuchtgütern ist Sorge zu tragen, ein planmäßiger Neuaufbau des Kreditwesens vorzunehmen.

10. Sorge für die Opfer des Krieges

Die Sozialdemokratie tritt mit aller Entschiedenheit dafür ein, daß allen Opfern des Krieges und des Faschismus, den Flüchtlingen und Kriegsgefangenen so rasch wie möglich eine gesicherte Existenz und eine neue Heimat geschaffen wird. Die Erzeugnisse der Konsumgüter-Produktion haben vornehmlich ihrer Versorgung zu dienen.

11. Kampf den Kriegsverbrechern — für ein Säuberungsgesetz

So entschieden der Kampf gegen die Kriegsverbrecher und nationalsozialistischen Führer fortgesetzt werden muß, so notwendig ist es, den weniger Schuldigen, die den ehrlichen Willen zur Einfügung in die neue demokratische Ordnung bewiesen haben, den Weg zu ebnen. Zu diesem Zweck fordert die Sozialdemokratie ein Gesetz, das strenge, aber gerechte Richtlinien für eine Entnazifizierung enthält, den jungen Menschen eine großzügige Amnestie gewährt, aber genügend Vorsorge trifft, daß kein neues Konjunkturrittertum entstehen kann. Die nicht rehabilitierten Nationalsozialisten sind zu erhöhten Arbeits- und Steuerleistungen heranzuziehen.

12. Für Freiheit und Sicherheit der Menschen in der Wirtschaft

Die Sozialdemokratie sieht in einer einheitlichen, von politischen Parteien unabhängigen Gewerkschaftsbewegung die beste Sicherung für die sozialen und wirtschaftlichen Rechte der Arbeiter und Angestellten. Die Gewerkschaften haben die Aufgabe, die Freiheit und Sicherheit des Menschen in der Wirtschaft, auch in einer Planwirtschaft, zu verteidigen. Die Einheit der Gewerkschaften ist aber nur bei Freiheit der Meinung gewährleistet. Die Sozialdemokratie bekämpft jede Entwicklung zur Zwangsorganisation.

13. Für Ausbau der Sozialpolitik zugunsten der geschwächten Arbeitskraft

Angesichts der Gesundheitslage des deutschen Volkes ist eine umfassende, dem Schutz der Arbeitskraft und der sozialen Sicherheit dienende Sozialpolitik eine wesentliche Voraussetzung für den staatlichen und wirtschaftlichen Wiederaufbau. Die Sozialdemokratie fordert die Errichtung eines Zentralamtes für Arbeit und Sozialpolitik zur Wiederherstellung einheitlicher Normen, die besonders dem Schutze der Frauen, der Jugend und der Körperbehinderten dienen. Dazu muß ein Neubau und Ausbau der Sozialversicherung treten, der die Selbstverwaltung der Versicherten in weitestem Umfange sicherstellt.

14. Gegen Korruption — für sparsame Finanzwirtschaft

Die Sozialdemokratische Partei fordert sparsamsten und übersichtlichen Verwaltungsaufbau in den Gemeinden, gewissenhafte Finanzwirtschaft im Rahmen eines politisch durchdachten Haushaltsplanes, Kontrolle aller Einnahmen und Ausgaben durch ein unabhängiges Prüfungsamt und eine Personalverwaltung, in der objektive Leistung, berufliche Tüchtigkeit, Unbestechlichkeit und demokratische Zuverlässigkeit selbstverständlich sind.

15. Sozialistische Erziehungsforderungen

Sozialismus ist auch eine von stärksten ethischen Impulsen getragene Kulturforderung. Die sozialistische Gesellschaftsordnung setzt Menschen voraus, die bei aller Entwicklung der Persönlichkeitswerte sich doch stets ihrer Verantwortung der Gesamtheit gegenüber bewußt bleiben. Die Sozialdemokratie fordert daher, daß die Erziehung, die bisher einseitig auf Vermittlung von Fachwissen und Körperschulung abgestellt war, stärker die Entwicklung des Charakters und der politischen Urteilskraft pflegen soll.

16. Gegen Bildungsprivilegien — für Freiheit der Wissenschaft und Kunst

Die Sozialdemokratie fordert, daß jedem die Möglichkeit eines Aufstieges zu der seiner Begabung gemäßen höchsten Stufe der Ausbildung geboten wird. Unentgeltlichkeit des Unterrichts und wirtschaftliche Beihilfen müssen jedes Bildungsprivileg beseitigen. Wissenschaft und Kunst haben Anspruch auf staatlichen Schutz und Förderung, dürfen aber nicht zu demagogischer Propaganda mißbraucht werden. Bei Film und Funk als den wichtigsten Mitteln der Massenbeeinflussung dürfen ausschließlich künstlerische und volkserzieherische Gesichtspunkte die Leistungen bestimmen.

17. Für Freiheit der Religionsausübung

Die Sozialdemokratie fordert, für jeden Staatsbürger Anspruch auf Glaubensfreiheit und unbehinderte Religionsausübung. Doch darf der Staat keiner Religionsgemeinschaft durch die Gewährung von Zuschüssen und Privilegien eine Vorrangstellung einräumen. Jede Kirche ordnet unabhängig vom Staat ihre Angelegenheiten, auch in finanzieller Hinsicht, selbst.

18. Unabhängige Rechtspflege — für einen neuen Beamtentyp

Die Sozialdemokratie fordert auf der Grundlage einer vom demokratischen und sozialen Geist erfüllten Gesetzgebung ein einheitliches Verwaltungsrecht und eine unabhängige, volkstümliche Rechtspflege. Für die demokratische Verwaltung ist ein neuer Beamtentyp heranzubilden. Neben den Fachbeamten müssen befähigte Arbeiter und Angestellte sowie Männer aus der Praxis des Lebens treten, die über organisatorisches Können und politisches Urteil verfügen und von dem Grundsatz geleitet werden, daß sie für die Allgemeinheit da sind und nicht umgekehrt. Um sie für ihre Aufgaben zu schulen, fordert die Sozialdemokratie besondere Verwaltungshochschulen.

19. Sicherung der Menschenrechte

Die dreifache Freiheit von Zwang, Not und Furcht ist eine wesentliche Grundlage des demokratischen Sozialismus. Zur Entwicklung eines demokratischen Lebens fordert die Sozialdemokratie sofortige Wiederherstellung der Grundrechte, insbesondere Sicherung der Meinungsfreiheit und der persönlichen Freiheit. Aber genau so wie der einzelne durch die Menschenrechte geschützt wird, müssen auch die Menschenrechte gegen die Bestrebungen in Schutz genommen werden, die mit den Mitteln der Demokratie die Demokratie selbst zu beseitigen suchen.

20. Gegen Nationalismus — für die Verständigung der Völker

Die Sozialdemokratie hat von jeher in dem Begriff der Nation eine Kultur-, Sprach- und Lebensgemeinschaft gesehen. Sie verurteilt jeden Mißbrauch dieses Begriffes zu nationalistischen und imperialistischen Zwecken. Alle Probleme der Politik, der Wirtschaft und Gesellschaft erfordern heute, wenn sie von Dauer sein sollen, internationale Lösungen. Die Sozialdemokratie erneuert in diesem Augenblick ihr Bekenntnis zu dem großen Gedanken des internationalen Sozialismus, zur Verständigung der Völker und zum Frieden der Welt.

Herausgeber: Sozialdemokratische Partei, Bezirk Pfalz. Verantwortlich: Maxim Kuraner.
Druck: Kranz-Verlag und Druckerei, Neustadt a. d. Haardt.